

## **Auf dem Weg zur EU-Dienstleistungsrichtlinie und CALL 115**

Umsetzung und Aussichten

**(BS/Willy Landsberg\*) Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und CALL 115 sind aktuelle Projekte, die die E-Governmentdiskussion neu beleben und im Zuge ihrer Realisierung die Philosophie von E-Government in der Praxis voranbringen. Die ESG verfügt damit über zwei Schwerpunkte ihrer aktuellen und zukünftigen Arbeit. Nachdem in einer erfolgreichen öffentlichen Veranstaltung im März zum Inhalt und der Wirkung der EU-Richtlinie berichtet wurde, ist inzwischen ein Arbeitskreis eingerichtet worden, der in seiner ersten Sitzung konkrete Arbeitspakete definiert und deren Behandlung in Gang gesetzt hat.**

Gelegentlich der Einrichtung des Arbeitskreises, in den auch externe Experten einbezogen werden, wurde eine Kooperation mit dem Arbeitskreis DIGITALES RATHAUS des Deutschen Städtetages vereinbart, nach der die ESG als „Werkstatt“ tätig wird, insbesondere um Kapazitäten zu bündeln und redundante Arbeiten zu vermeiden. Diese Kooperation gilt auch für die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag.

Obwohl zur Zeit auf dem Hintergrund der Diskussion über die denkbaren Modelle noch nicht abschließend geregelt ist, wo die nach der Richtlinie einzurichtenden EAP'S angesiedelt werden, hat die ESG mit Arbeiten begonnen, die losgelöst von der Lokation eines EAP's getan werden müssen. Maßgeblich war hierbei nicht zuletzt der im Vergleich zur Komplexität des Vorhabens enge Zeitrahmen mit dem vorgegeben Stichtag für die Betriebsaufnahme.

Im Vordergrund stehen folgende Themen:

- der Zusammenhang von EU-DLR und CALL 115,
- die rechtliche Ausgestaltung und Einbettung eines EAP's im Fall eines Kommunalmodells,
- die kommunale Kooperation des oder mit einem EAP,
- die Analyse der grundsätzlichen Geschäftsprozesse eines EAP's.

EU-DLR und CALL 115 sind von Haus aus zwei selbständige Projekte. Sie unterscheiden sich prinzipiell dadurch, dass bei der Richtlinie eine europarechtliche Verpflichtung mit Vorgaben zu Inhalten, Methoden und Zeit besteht; bei CALL 115 handelt es sich bisher um eine politische Zielvorstellung mit den entsprechenden Dispositionsspielräumen. Der zu beachtende Zusammenhang der beiden Projekte ergibt sich aus einer einheitlichen Schnittmenge von instrumentellen Regelungen, wie zum Beispiel Zuständigkeitsfinder und Kataloge der Geschäftsprozesse, die auf beiden Seiten benötigt werden und daher eine abgestimmte Steuerung verlangen. Diese Steuerung ist umso bedeutsamer, wenn man von einer stufenweisen Entwicklung ausgehen muss. Ein nicht zu unterschätzendes Problem wird die semantische Identität der Geschäftsprozessbeschreibungen auf Bundesebene sein, ebenso die sich selbsterklärende Eindeutigkeit der Geschäftsprozessbezeichnungen aus der Sicht der europäischen Mitgliedsstaaten.

Unabhängig davon welches Modell des EAP's gewählt wird - eingeschlossen die Überlegung, ob es zwischen den Bundesländern u. U. unterschiedliche Lösungen geben wird - ergeben sich für die Kommunalverwaltung Konsequenzen und Regelungsbedarf auf Grund ihrer originären Zuständigkeiten, unabhängig von der Frage, ob sie als Träger eines EAP's agiert oder nur Beteiligter ist.

Die erforderlichen organisatorischen und rechtlichen Regelungen stehen im engen Zusammenhang mit den abzubildenden Geschäftsprozessen sowohl bei Informationsersuchen, als auch im Fall einer tatsächlichen Abwicklung. Die genaue Kenntnis der Geschäftsprozesse, sowohl im Sinne eines allgemeingültigen Musters, wie in Form eines realen Anwendungsbeispiels ist für die Realisierung des EAP's und seine Funktionen aus Gründen der Qualitätssicherung einschließlich sich ergebender Haftungsfragen dringend erforderlich. Da die tatsächliche Inanspruchnahme der EAP's in der Zukunft Stand heute nur schwer abzuschätzen ist, wird bei der Auswahl der Anwendungsbeispiele von einem mittleren Schwierigkeitsgrad ausgegangen.

Weitergehende Einzelheiten zu den Projekten erfahren Sie unter [www.egov-europe.de](http://www.egov-europe.de)

## **Ankündigung**

Die ESG e.V. veranstaltet in Kooperation mit der Kölnmesse GmbH anlässlich der vom 25. bis 29.09.2007 stattfindenden DMS EXPO am 25.09.2007 einen Kommunaltag.

In der ganztägigen Veranstaltung soll der Zusammenhang zwischen den Anforderungen und Zielvorstellungen bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und der erforderlichen instrumentellen Ausstattung dargestellt werden. Auf dem Hintergrund der Strategie zu einer zukünftig vernetzt agierenden Verwaltung werden in Keynotes Herr Prof. Dr. Klaus Lenk die Verwaltungsentwicklung und Frau Elisabeth Slapio von der IHK Köln die Sicht auf die Verwaltung aus dem Blickwinkel des privaten Sektors darstellen. Zu einem weiteren Vortrag unter dem Aspekt "Wie machen es die anderen, ein Blick über die Grenzen" ist das Bundeskanzleramt Österreich angefragt.

Im zweiten Teil der Veranstaltung werden Anwendungen vorgestellt:

- das CALLCENTER der Städte Köln/Bonn
- die digitale Postbearbeitung der Stadt Stuttgart
- die Archivlösung des Landkreises Birkenfeld

Abgeschlossen wird die Veranstaltung mit einer Podiumsdiskussion unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Lenk.

*\*Willy Landsberg ist 1. Vorsitzender der ESG.*

Die ESG wird in Kooperation mit der Kölnmesse GmbH einen Kommunaltag veranstalten.

Foto: BS/Kölnmesse GmbH